

Die SchulKonferenz der Erich Kästner Schule Hamburg beschließt am 05.01.2016 einstimmig:

„Die Bundeswehr wirbt in zunehmendem Maße bei Minderjährigen. Dahinter steht das Ziel, in Zeiten riskanter Auslandseinsätze und aufgehobener Wehrpflicht genügend Nachwuchs rekrutieren zu können. Ein wichtiges Element sind dabei Schulbesuche von Soldatinnen und Soldaten. Der Bundeswehr geht es bei den Schulbesuchen nach eigenen Angaben darum, ein positives Bild als Arbeitgeber und von den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu vermitteln und dadurch Sympathien bei Schülern und Lehrern zu sammeln. Wehrdienstberater informieren Schüler außerdem über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr. Um dieses Ziel zu erreichen, zeigt sich die Bundeswehr bei Schulbesuchen nur von ihrer besten Seite. Die Schattenseiten des Soldatenberufs wie Traumatisierungen, Verletzungen, Tod, das Töten anderer Menschen, die eingeschränkten Grundrechte werden gar nicht oder nur ansatzweise thematisiert. Die Werbung ist systematisch: Jedes Jahr erreichen alleine die Jugendoffiziere und Karriereberater der Bundeswehr 300.000 bis 400.000 Schüler. Doch die Werbung für Militäreinsätze widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterschrieben hat. Einseitige Werbung für Militär und Militäreinsätze bei Minderjährigen sind weder mit der von Deutschland unterzeichneten UN-Kinderrechtskonvention“ noch mit dem für die Schulen geltenden Bildungs- und Erziehungsauftrag vereinbar. (terre des hommes; Quelle: <http://www.tdh.de/id=641>) Deutsches Jugendrotkreuz, Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes, Kindernothilfe, missio Internationales Katholisches Missionswerk, terre des hommes, Deutsches Komitee für Unicef, World Vision Deutschland, Plan International Deutschland, Forum Menschenrechte, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Darmstädter Signal – das kritische Forum für Staatsbürger in Uniform u.a. bitten deshalb in einem Offenen Brief am 5. November 2013 Bundeskanzlerin Angela Merkel „sich dafür einzusetzen, dass das Rekrutierungsalter für Soldaten in Deutschland auf 18 Jahre angehoben wird und Werbemaßnahmen der Bundeswehr bei Minderjährigen unterbleiben.“

Diskussionsveranstaltungen, bei denen Soldaten, Friedenspädagogen, Kinderrechtler oder andere Experten mit älteren Schülerinnen und Schülern (ab Jahrgang 10) kontrovers diskutieren, können sinnvoll sein - denn die Schüler haben ein Recht auf Information. Solche Veranstaltungen müssen aber für die Schüler freiwillig und grundsätzlich für Eltern und andere Interessierte offen sein.

In seiner Laudatio anlässlich der Verleihung des „Oberhausener Preises“ am 16.9.2015 an die Willy-Brandt-Gesamtschule Bochum sagte der Vorsitzende des Ausschusses „Kirchlicher Entwicklungsdienst und Ökumene“, Superintendent Helmut Müller: *„Weitgehend unbemerkt und kaum gesellschaftlich diskutiert, aber mit breiter Rückendeckung der meisten im Bundestag vertretenen Parteien hat sich die Bundeswehr in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten fast ungehinderten Zutritt verschafft. Besuche von Wehrdienstberatern und Jugendoffizieren gibt es schon lange. Doch seit dem Aussetzen der Wehrpflicht sind Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte stärker in den Fokus der Armee gerückt. So formulierte schon 2010 Karl-Theodor zu Guttenberg: „Die Schule ist der richtige Ort für die Bundeswehr, um die jungen Menschen zu erreichen“. Und als Verteidigungsminister forderte de Maiziere 2011: „Die Mitarbeiter der Bundeswehr müssen raus in die Schulen ... und dort werben!“ Und im Koalitionsvertrag der großen Koalition wird ausdrücklich begrüßt, den Zugang des Militärs an Schulen und andere Bildungseinrichtungen zu fördern: „Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“ ...*

Nein: Dies darf nicht selbstverständlich sein – wir sind nicht bereit, zu akzeptieren, dass das Nachwuchs- und Akzeptanzproblem der Bundeswehr in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, die zur Friedenserziehung verpflichtet sind, gelöst werden soll. Schule will und soll der Ort sein, um eine Friedensethik einzuüben, die diesen Namen auch verdient. Die Bundeswehr kann dazu keinen Beitrag leisten.“

Die Schulkonferenz der Erich Kästner Schule Hamburg fasst deshalb den Beschluss, dass die Bundeswehr auf dem Gelände der Schule keine Werbung dafür machen darf, den Dienst an der Waffe auszuüben. Stattdessen erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit der Bundeswehr.

Frieden entsteht nicht durch Beschlüsse, Frieden entsteht durch eine innere Einstellung und Friedenserziehung ist ein Prozess. Friedliches Verhalten gehört deshalb zu den wichtigsten Erziehungszielen. Friedenserziehung soll zur Veränderung der Welt beitragen, persönliche Gewaltbereitschaft abbauen und Formen struktureller Gewalt aufdecken und beseitigen helfen.“

Im Protokoll der Schulkonferenz wird darüber hinaus der Wunsch der SchuKo festgehalten, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Bundeswehr im Schulcurriculum verankert wird.

Infos (nicht Bestandteil des Beschlusses):

- Die Karriereberater in Uniform haben dazu bundesweit **8100 Vorträge** vor fast **140.000 Schülern** gehalten - an allen weiterführenden Schularten.
- Außerdem waren noch sogenannte Jugendoffiziere in den Schulen unterwegs - mit weiteren **3200 Vorträgen** sowie bei mehr als **2000 weiteren Veranstaltungen** von der Podiumsdiskussion bis zur Karrieremesse.
- Diese Jugendoffiziere, besonders geschult für politische Debatten, erreichten den Angaben zufolge über Unterrichtsbesuche, Seminare oder Podiumsdiskussionen noch einmal **125.000 Jugendliche** und mehr als **36.000 Multiplikatoren**, vor allem Lehrer/Referendare.
- **30 Millionen Euro** gab die Bundeswehr im Jahr 2013 für Nachwuchswerbung im Klassenraum aus – im Vergleich zu 3,2 Mio € 2008.
Quelle: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/abi/1027935.html>